



WIR FORDERN DEN SCHUTZ DER RECHTE DER PERSONEN, DIE AN VORDERSTER FRONT GEGEN DAS CORONAVIRUS KÄMPFEN

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die aktuelle Coronavirus-Pandemie, bereitet den Einwohner*innen der Schweiz grosse Sorgen. Sie sind sowohl in Bezug auf ihre Gesundheit als auch in Bezug auf ihre Existenz verunsichert und fühlen sich bedroht. Die Krise hat uns die Wichtigkeit eines starken Gesundheitssystems, das allen zugänglich ist, deutlich vor Augen geführt. Wenn die Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsdienstleistungen versagt, hat das fatale Konsequenzen für die Betroffenen, wie traurige Beispiele aus der ganzen Welt zeigen. Das Gesundheitssystem der Schweiz hat diese aussergewöhnliche Situation recht gut bewältigt. Das verdanken wir nicht zuletzt den Massnahmen, die die Behörden auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene ergriffen haben. Die Hauptlast bei der Bekämpfung des Virus trugen aber jene Personen, die in den systemrelevanten Berufen beschäftigt sind – insbesondere das Gesundheitspersonal.

Beschäftigte im Gesundheitswesen arbeiten seit Monaten an vorderster Front, um das Recht auf Gesundheit für uns alle sicherzustellen. Sie haben sich unter aussergewöhnlichen Bedingungen für die Erhaltung der Gesundheit und den Schutz des Lebens unzähliger Menschen eingesetzt und ihre Aufgaben trotz einem stark erhöhten Risiko für eine Ansteckung mit dem neuartigen Coronavirus mit grossem Einsatz, viel Ausdauer und Sorgfalt ausgeführt. Dafür erhielt das Gesundheitspersonal breite öffentliche Anerkennung und Applaus. Doch das allein reicht nicht.

Nach einer herausfordernden ersten Pandemiewelle und im Hinblick auf eine durchaus wahrscheinliche zweite ist es an der Zeit innezuhalten, die Situation sorgfältig zu analysieren und mit Nachdruck die notwendige Unterstützung für das Gesundheitspersonal einzufordern. Während der Krise wurden viele Stimmen laut, die die Behörden auf die schwierigen Arbeitsbedingungen der Gesundheitsangestellten aufmerksam machten: Lange Arbeitstage, ein Mangel an Schutzmaterial, Arbeit trotz Krankheitssymptomen, fehlende Mittel und unzureichende Löhne sind nur ein paar der Themen, die von den Angestellten angesprochen wurden. Trotz der Ausnahmesituation und obwohl die Beschäftigten an der Front dringend Schutz und Unterstützung brauchen, wurde bis jetzt wenig dafür unternommen.

Wir Unterzeichnenden sind der Ansicht, dass die Rechte des Gesundheitspersonals respektiert werden müssen. Dies erfordert Arbeitsbedingungen, die der grundlegenden Bedeutung der erbrachten Dienstleistungen gerecht werden und die die Basis eines starken und belastbaren Gesundheitswesens bilden. Laut Recherchen von Amnesty International erkrankten weltweit bis im Juli 2020 mehr als 230'000 Gesundheitsfachkräfte an Covid-19 und mehr als 3000 von ihnen bezahlten den Kampf gegen das Virus mit ihrem Leben. Für die Schweiz liegen bis heute keine genauen Daten über die Folgen der Pandemie für das Gesundheitspersonal vor.

Zur Definition von angemessenen Massnahmen für einen zukünftigen Schutz des Gesundheitspersonals vor dem Virus braucht es belastbare Daten. Wir müssen wissen, wie viele Personen sich während ihrer Arbeit mit dem neuartigen Coronavirus angesteckt haben und ob es unter ihnen Todesfälle gibt. Die Daten müssen ebenfalls aufzeigen, ob Covid-19 als Berufskrankheit anerkannt wurde, wenn sich Personen während der Arbeit angesteckt haben, und ob und welche Unterstützung Erkrankte erhalten haben.



Wir sind der Auffassung, dass die Schweizer Regierung mit der Erhebung genauer Daten Licht in die Krisenbewältigung bringen muss.

Als Unterzeichnende dieses offenen Briefes fordern wir den Bundesrat deshalb auf, eine unabhängige Evaluation in Auftrag zu geben, welche die Auswirkungen der Krise auf das Gesundheitspersonal und der Massnahmen zu ihrer Bewältigung aufzeigt. Angesichts der überdurchschnittlichen Vertretung von Frauen und Menschen ausländischer Herkunft in diesen Berufen fordern wir zudem, dass eine geschlechts- und herkunftsbezogene Perspektive in die Analyse miteinbezogen wird.

Es ist die Aufgabe der Behörden, den Schutz des Gesundheitspersonals sicherzustellen, das an vorderster Front gegen das Virus kämpft. Eine unabhängige Untersuchung der Auswirkungen der Krise auf das Gesundheitspersonal ist ein erster Schritt dazu. Denn: Das Gesundheitspersonal schützen heisst, die Bevölkerung zu schützen.

Hochachtungsvoll

Kopie an die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren